

Solidarität macht Geschichte

Autor(en): **Holenstein, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **92 (1998)**

Heft 10

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144131>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Solidarität macht Geschichte

Seit ein paar Jahren wird in der Öffentlichkeit wieder vermehrt über internationale Solidarität gesprochen. Keine UN-Konferenz, keine aussenpolitische Abstimmung, keine Bundesratsrede, in der nicht an die Solidaritätsverpflichtung erinnert wird. Trotzdem mögen sich heutzutage nur wenige Leute für internationale Solidaritätsvorhaben begeistern. Solidaritätsappelle bleiben oft ungehört, und es fehlen zündende Zukunftsprojekte. René Holenstein zeigt in seinem Artikel, dass dem nicht immer so war und dass es auch heute möglich sein sollte, «die Solidarität neu zu erfinden». Der Autor arbeitet als Adjunktokoordinator der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in Ouagadougou, Burkina Faso. Er hat soeben das Buch «Was kümmert uns die Dritte Welt. Zur Geschichte der internationalen Solidarität in der Schweiz» veröffentlicht (vgl. den Hinweis auf S. 308). Der Beitrag drückt die persönliche Meinung des Autors aus. Red.

Entwicklungshilfe-Euphorie

Das Erwachen der Schweiz in Sachen Entwicklungshilfe und Dritte Welt geht auf die 50er Jahre zurück. Es erfolgte auf dem Hintergrund der globalen Neuordnung der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg und der politischen Formierung der ehemaligen Kolonialländer als «Dritte Welt». In der Schweiz rückte diese neue Kategorie von «technisch unterentwickelten» Ländern seit den späten 50er Jahren ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit. Hier stand die Sensibilisierung für Dritte-Welt-Probleme im Zusammenhang mit einer veränderten Lebensweise zur Zeit der Hochkonjunktur, die neue Erfahrungs- und Handlungshorizonte eröffnete. Der allgemeine materielle Wohlstand, die neuen Formen des Konsums und die massenhafte Verbreitung von neuen Kommunikationstechnologien führten in einem zunächst kleinen Kreis von «Früherweckten» zur Einsicht, dass die Welt global vernetzt und «interdependent» war. Einzelne Vordenker in Entwicklungsfragen, die Missionen und die privaten Hilfswerke hatten zuerst auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Besonders seit der Gründung des *Dienstes für technische Zusammenarbeit* (heute Direktion

für Entwicklung und Zusammenarbeit, DEZA) im Jahre 1961 nahm das Interesse an den Entwicklungsländern auch auf politisch-institutioneller Ebene zu.

Zur Entwicklungshilfe-Euphorie um 1960 trugen die *Modernisierungstheorien* bei, die davon ausgingen, dass die eigentlichen Entwicklungshindernisse in den Defiziten der «traditionellen» Kulturen, in den Einstellungen und Wertmustern zu suchen seien. Die «Unterentwickelten», so dachte man, müssten so denken, fühlen, handeln, ja so werden und leben wie wir, um wirtschaftliches Wachstum erreichen zu können. Darüber hinaus gab es im gesellschaftlichen Diskurs, der zur Verbreitung des Entwicklungshilfe-Gedankens in der Schweiz geführt hat, zwischen den Organisationen, Parteien und politischen Entscheidungsträgern einen *ideologischen Konsens*. Armutsbekämpfung, weltweite Sozialpolitik, nachholende Modernisierung, universelle Gleichheit, Antikommunismus und die Überzeugung, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz auch der Dritten Welt nützt, waren zu jener Zeit allgemein akzeptierte Grundvoraussetzungen und Leitbilder in der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Fortschrittsgläubigkeit der Nach-

kriegszeit erlahmte gegen Mitte der 60er Jahre, als immer offensichtlicher wurde, dass die Dritte-Welt-Länder nicht in der Lage sein würden, zu den industrialisierten Ländern «aufzuholen». Auch in der Schweiz nahm die Kritik an der alten Wachstumsideologie und am Fortschritts-optimismus zu. Die Aufspaltung der Welt in reiche und arme (Entwicklungs-)Länder trat als *Nord-Süd-Konflikt* ins Bewusstsein, ein neues Verhältnis zur Dritten Welt wurde gefordert, und die gesamten Nord-Süd-Beziehungen wurden zu einem Thema. Der Tiersmondismus, der sich seit den ersten Anfängen der *Algerien-Solidarität* als Teil einer allgemeinen Gesellschaftskritik etablierte, kritisierte den Sonderfall und die Abschottung der Schweiz vom «Rest» der Welt. Angesichts der globaleren Problemlage leitete der Bundesrat in der offiziellen Aussenpolitik der Schweiz eine gewisse Öffnung in die Wege. Aber dem *Sonderfall Schweiz* setzte die staatliche Entwicklungshilfe kein Ende.

Dritte Welt als Hoffnungsträger der 68er

Der *Vietnamkrieg* führte im Ausgang der 60er Jahre zur Herausbildung einer breiteren *Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung*. Diese war antiimperialistisch und kapitalismuskritisch ausgerichtet und zielte, im Verbund mit mehr soziokulturell ausgerichteten Teilbewegungen, auf eine Änderung der politischen Machtverhältnisse. Entscheidendes Paradigma dieser Bewegung war nicht mehr das humanitäre oder religiöse Engagement für die Dritte Welt, sondern der *Antiimperialismus*. Für die 68er war die Dritte Welt ein Hoffnungsträger für Veränderungen, die in den westlichen Industriestaaten stattzufinden hatten.

Der Vietnam-Konflikt gilt als Initialzündung für das seither stark gestiegene Dritte-Welt-Bewusstsein. Um 1970 wurden zahlreiche entwicklungspolitische Organisationen gegründet, Solidaritätsgruppen schossen aus dem Boden. Gemeinsam war ihnen, dass sie nicht primär Entwicklungshilfe vor Ort leisteten, sondern die vielfälti-

gen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen der Schweiz zur Dritten Welt in den Mittelpunkt ihrer Kritik und ihrer Reformvorschläge rückten. Die entwicklungspolitischen Gruppen standen im *Widerspruch zum offiziell gepflegten Bild der Schweiz* als Sonderfall, den das Weltgeschehen angeblich nichts anging. Sie lehnten den scharfen Antikommunismus ab, der die Hilfe an nationalistische Bewegungen als «prokommunistisch» abstempelte. Auf diese Weise trugen sie dazu bei, dass in der Schweiz ein *weltoffeneres Klima* geschaffen wurde.

Die Breiten- und Langzeitwirkung dieser *Aufklärungsarbeit* war sehr gross. Herrschte früher der Glaube an das Machbare vor, so wurde durch die imperialismus- und dependenztheoretische Kapitalismus- und Kulturkritik das modernisierungstheoretische Leitbild von Entwicklung grundsätzlich in Frage gestellt. Die *Ursachen für die Unterentwicklung* wurden nun in den ungleichen *Handels- und Kapitalbeziehungen* gesehen. Es war nicht mehr möglich, Unterentwicklung mit der wie auch immer gelagerten Mentalität oder Geburtenfreudigkeit der «Unterentwickelten» zu erklären und die internationalen Rahmenbedingungen auszuklammern. «Überentwicklung» und «Unterentwicklung» gehörten untrennbar zusammen. So ist das Bewusstsein über das Gefälle zwischen Nord und Süd auch und gerade durch die Öffentlichkeitsarbeit der Dritte-Welt-Gruppen in der Bevölkerung sehr stark gewachsen.

Paradigmenwechsel in den Kirchen

Die Bedeutung dieses Wandels wird am Beispiel der Kirchen besonders deutlich. Unter dem Einfluss der *Ökumene* setzte in den westlichen Kirchen, besonders seit Mitte der 60er Jahre, ein Prozess des Umdenkens in Entwicklungsfragen ein. Nachdem auch die Kirchen anfänglich für die Modernisierung der Dritte-Welt-Länder eingetreten waren – das typische kirchliche Projekt waren die Missionsschulen mit praktischer, handwerklicher Ausbildung –,

begannen sie, das Konzept der aufholenden Entwicklung zu hinterfragen. Ein wesentlicher Grund für diesen Bewusstseinswandel war das Auftauchen von *Befreiungsbewegungen* in Afrika und Lateinamerika, das zu einer starken *Politisierung der Kirchen* im Süden und im Norden führte. Ausserdem wurde in Europa die Kirchenbasis durch die *Nouvelle Théologie*, die Bewegung der *Arbeiterpriester*, für soziale Fragen sensibilisiert.

Aus der Sicht der kirchlichen Nichtregierungsorganisationen bewiesen Armut und soziale Ungerechtigkeit in der Dritten Welt, dass die *westlichen Gesellschaften*, die sich christlich nannten und vorgaben, gemäss den christlichen Prinzipien zu handeln, ihrer *globalen Verantwortung* nicht nachkamen. Entwicklungshilfe und Entwicklungsbegriff wurden neu definiert und nun auch auf die westliche Welt angewandt; gefordert wurde eine Veränderung der als ungerecht empfundenen Strukturen der Weltwirtschaft. Dadurch gelang es den kirchlichen Hilfswerken, die Debatte um den Nord-Süd-Konflikt, die Anfang der 70er Jahre entbrannte, wesentlich mitzuprägen.

Die Haltung der evangelischen Kirchen der Schweiz zur Zeit des *Apartheidregimes* in Südafrika in den 80er Jahren zeigte aber auch die Grenzen des kirchlichen Engagements für die Unterdrückten in der Dritten Welt. Denn wo sich engagierte Kirchenkreise nicht länger darauf beschränken wollten, Geld zu sammeln, um Not zu lindern, sondern auch die schweizerischen Wirtschaftsinteressen zum Thema machten, stiessen sie auf den Widerstand der Kirchenleitungen, die entgegen den Empfehlungen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) weitergehende Sanktionen und Boykottmassnahmen ablehnten.

Dritte Welt: Metapher und Projektionsfläche

Nebst den Kirchen begannen in den 60er und 70er Jahren Hunderte von *Solidaritätsbewegungen* aktiv zu werden. So unterschiedlich diese waren, sie wiesen einige

gemeinsame Grundzüge auf. Ein erster wichtiger Orientierungspunkt für die Solidaritätsbewegungen der Nachkriegszeit war die *Blockkonfrontation* zwischen Ost und West. Sie führte nicht nur dazu, dass die Handlungsspielräume für alternative und innovative Entwicklungswege gering waren. Der Kalte Krieg hatte auch zur Folge, dass viele in den Solidaritätsbewegungen Aktive die Entwicklungen in den Dritte-Welt-Ländern nach ihrem Nutzen oder Schaden für den einen oder anderen Block oder für das Aufbrechen bzw. Verfestigen der Blocklogik beurteilten, während die spezifischen Bedingungen einzelner Weltregionen und Länder vernachlässigt wurden.

Darüber hinaus nahm die Suche nach politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alternativen im *Internationalismus der Linken* einen grossen Stellenwert ein. Die Linke hoffte auf einen Sieg der nationalen Befreiungsbewegungen und propagierte neue *sozialistische Modelle* für diese Länder. Nicht zuletzt wurden von den Befreiungsbewegungen positive Impulse für die Schweiz erwartet, wo in der Zeit vor 1968 der «sture Antikommunismus noch nicht ausgespielt» hatte, wie Hugo Kramer, der langjährige Mitarbeiter der Neuen Wege und Redaktor der Zeitschrift «Zeitdienst», einmal bemerkte.

Schliesslich zeichneten sich die Solidaritätsbewegungen durch ihre *Binnenorientierung* aus. Es gehörte zum Grundverständnis internationaler Solidarität, sich im eigenen Land zu engagieren. Dabei diente die Dritte Welt gleichzeitig als Metapher für die nach wie vor bestehenden Ungerechtigkeitszustände in der Welt und als Projektionsfläche für Veränderungswünsche der in der Solidarität Aktiven. In der Schweiz fanden bis in die 80er Jahre hinein politische Auseinandersetzungen innerhalb der Linken mit Inhalten statt, die dem Geschehen in der Dritten Welt entlehnt waren. Weil in Europa die alten Klassengegensätze verwischt waren, wollte die *reformorientierte Linke* nicht mehr von Klassen reden und stellte den Gegensatz zwischen Erster und Dritter Welt in den

Vordergrund. Demgegenüber betonten *linkssozialistische Strömungen* den weltweiten Klassenwiderspruch, weil sie eigentlich (nicht immer bewusste) Kritik am Reformismus geübt hatten. Der realen Dritten Welt wurden beide Positionen nicht gerecht.

Solidarität neu erfinden

Eine Bilanz von 40 Jahren internationaler Solidaritätsarbeit zeigt, dass die solidaritäts- und entwicklungspolitischen Bewegungen vieles erreicht haben. Sie haben vor allem dazu beigetragen, dass Werte wie *soziale Gerechtigkeit, weltweite Solidarität* und *geistige Offenheit* für viele Menschen nach wie vor von zentraler Bedeutung sind. Zwar ist zurzeit keine breite Dritte-Welt-Bewegung in Sicht, aber die internationale Solidarität ist nicht verschwunden – sie hat sich verlagert. Solidarität ist viel stärker individualisiert als in früheren Zeiten, und sie wird weniger als Pflichterfüllung verstanden, sondern als

bewusste Integration in die eigene Lebenshaltung.

Auch die politische Solidaritätsbewegung ist nicht verschwunden, wie das Beispiel der *Landlosen-Bewegung* in Brasilien oder der *Chiapas-Solidarität* zeigt. Aus solchen Ansätzen heraus kann es in den nächsten Jahren zu einer Erneuerung der Formen und Inhalte der Solidarität kommen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass es diesen Bewegungen gelingt, glaubwürdige gesellschaftliche Projekte zu formulieren, die eine internationale Ausstrahlungskraft haben.

In der Schweiz wird die politische Wirksamkeit der Dritte-Welt-Solidarität nicht zuletzt davon abhängen, ob sie bei innenpolitisch relevanten Themen die Notwendigkeit der internationalen Solidarität aufzeigen kann. Die Abstimmung über die *Solidaritätsstiftung* wird für die Hilfswerke und die entwicklungspolitischen Organisationen eine Chance sein, die internationale Solidarität in der Bevölkerung wieder stärker zu verankern.

Schon lange vor 1968 kritisierten friedenspolitische Kreise die Neutralitätsdoktrin der Schweiz... Uns ärgerte, dass die Schweiz mit ihren Stellungnahmen immer zu spät kam. So liess sie sich zwar zu Algerien verlauten, aber erst gegen Ende des Kriegs. Am Anfang hatte sie Frankreich 110prozentig unterstützt. Allgemein gesagt, machte die Schweiz die Entkolonialisierung geistig nicht oder nur am Rande mit. Das Muster wiederholte sich später in anderen Konflikten: Die Schweiz hielt den Mächtigen so lange die Stange, bis sie zu einer Änderung ihrer Haltung, zum Beispiel infolge eines Regierungswechsels, gezwungen wurde.

(Hansjörg Braunschweig, in: René Holenstein, Was kümmert uns die Dritte Welt. Zur Geschichte der internationalen Solidarität in der Schweiz, Zürich 1998, S. 160f.)